Nummer 155

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Dienstag, 1. April 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gef. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488.

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspeditеure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 37,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Koch & Seeland Herren- und Damen- Stoffe Bekleidung. Gertraudenstr. 20/21.

Deutsche Staatsbibliothek Berlin

3083

Ueberreichung der Sachverständigenberichte am Sonnabend.

eca **Paris**, 31. März.

In politischen Kreisen rechnet man nunmehr mit der Möglichkeit, daß die Ueberreichung der Sachverständigenberichte sich noch bis Freitag oder Sonnabend hinziehen wird. Der erste Sachverständigenausschuß hielt heute Nachmittag eine Vollsitzung ab. Heute Vormittag beschäftigte sich der Ausschuß für die Währungsbank mit den Eisenbahnfragen. Der Redaktionsunterausschuß, der gestern seinen Bericht fertiggestellt hat, wartet darauf, daß nunmehr der Ausschuß selbst ihm diesen Bericht für eine endgültige Redaktion zurückschickt.

Hierzu meldet W. T. B.:

Die Reparationskommission wird am Sonnabend mit den Berichten der beiden Komitees befaßt werden.

Keine neue Reise Dr. Schachts nach Paris.

Ein Berliner Spätabendblatt behauptete gestern, daß die Mission Dr. Schachts in Paris noch nicht beendet sei, daß die Angelegenheit der Goldnotenbank noch vollkommen ungeklärt sei, ferner, daß die Anwesenheit Dr. Schachts in Paris und seine Unterhaltungen mit der Reparationskommission sich auch auf die gesamte Leistungsfähigkeit Deutschlands erstrecken und daß Dr. Schacht voraussichtlich bereits in der nächsten Woche wieder eine Reise nach Paris antreten werde.

Diese Behauptungen sind, wie wir von unterrichteter Seite hören, unrichtig. Die Auskünfte, die der Reichsbankpräsident Dr. Schacht dem Sachverständigenkomitee in Paris auf dessen Fragen gegeben hat, haben sich nur auf die Errichtung einer Goldnotenbank bezogen. Diese Besprechungen zwischen Dr. Schacht und dem Sachverständigenkomitee sind beendet. Eine weitere Reise des Reichsbankpräsidenten nach Paris ist deshalb vorläufig nicht geplant.

Die Verhandlungen mit der Micum verschoben.

Köln, 31. März.

Wie die „Kölnische Volkszeitung" meldet, werden die Verhandlungen mit der Micum, die in dieser Woche stattfinden sollten, um mehrere Tage verschoben werden.

Heute fand in Düsseldorf eine Besprechung der Vertreter der Bergarbeiterverbände mit der Micum über die Micumverträge statt.

Interessante Schriftstücke eines kommunistischen Kuriers.

Sy **Dresden**, 31. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Vor kurzem wurde von der politischen Polizei ein kommunistischer Kurier verhaftet, bei dem man ausführliche Befehle für die Demonstrationen im Bezirk Leipzig vorfand. In diesem äußerst interessanten Schriftstück heißt es u. a. wörtlich:

„Ueber eine feste militärische Organisation gehen euch in den nächsten Tagen Anweisungen zu. Heute handelt es sich um den Schutz der Demonstrationen. Ihr habt alle Genossen, die im Gebrauch von Feuerwaffen geübt sind, zusammenzufassen, und zwar stets in Gruppen von je acht Mann. Einer derselben ist als Führer zu bestimmen. Eventuell ist dazu übergegangen, Halbgruppen von vier Mann zu bilden. Sämtliche Gruppen haben sich dem Befehl des militärischen Führers zu unterstellen. Erordnet den Angriffen und ist auch der Leiter der Demonstrationen. Eine Gruppe bildet den Kopf. Je ein Kopf deckt die Seite der Demonstration. Die politische und militärische Leitung stellen einen gemeinsamen Plan auf, nach welchem die Demonstration vor sich gehen soll. Wie sie vor sich gehen soll, richtet sich nach den Verhältnissen. Die Gruppen greifen erst an, wenn die Polizei gegen die Demonstranten vorgeht. Dieser erste Augenblick, wo die Massen wütend und erschreckt stocken, muß abgepaßt werden. Wird die Sipo durch Schüsse usw. angegriffen, so kann die Demonstration dadurch gerettet werden. Es ist danach zu trachten, den Gegner möglichst im Rücken anzugreifen. Die betreffenden Genossen haben, wenn sie den Auftrag erfüllt haben, sofort zu verschwinden. Schon vor der Demonstration habt ihr etwas auszumachen, daß die Genossen nachweisen können, daß sie während der Demonstration am Orte gewesen sind. Wenn möglich, sollen Gruppen aus dicht beieinander liegenden Orten ausgetauscht werden, damit sie niemand erkennt."

Ludendorff Spitzenkandidat der völkisch-nationalsozialistischen Reichsliste.

TU **Berlin**, 31. März.

An der Spitze der Reichsliste der deutschvölkischen Freiheitspartei (national-sozialistische Partei) stehen General Ludendorff, der die Kandidatur angenommen hat, Herr v. Graefe-Goldebee, Landesgerichtsrat Dr. Poehner und Graf v. Reventlow.

Annahme der Budgetzwölftel in der Kammer.

Bewilligung der Rüstungskredite.

Der Wiederaufbauskandal.

Paris, 31. März.

Nach der Regierungserklärung Poincarés in der Kammer ersuchte Finanzminister François Marsal um sofortige Diskussion des Gesetzentwurfes über die drei Budgetzwölftel. Die Kammer beschließt in diesem Sinne. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung ergreift der Berichterstatter Edmond das Wort. Er geht davon aus, **daß Deutschland bis jetzt nicht ganz 9 Milliarden Goldmark bezahlt habe, von denen nur 6 150 000 000 unter die Alliierten verteilt worden seien.** Frankreich habe **in bar nur 143 325 000 Goldmark erhalten.** Für die Reparationen seien Deutschland im ganzen 189000000 Goldmark gutgeschrieben worden. Edmond spricht im weiteren Verlauf seiner Rede von der Lösung der Ruhrbesetzung und behauptet, daß die Situation sich von Tag zu Tag verbessere.

Poincaré bestätigt darauf noch einmal die vom Generalberichterstatter festgestellten Ziffern, die der Ministerpräsident kürzlich im Senat angegeben hat, gibt jedoch zu, daß **der Franken zu einem Umrechnungsfaktor in Mark eingestellt** worden sei, der, da er längere Zeit zurückliege, vielleicht eine Berichtigung einiger Ziffern erforderlich machen würde.

Der Berichterstatter stellt darauf fest, daß heute selbst die am meisten zur Optimismus Geneigten davon überzeugt seien, **daß das Ruhrgebiet ein produktives Pfand sei und immer produktiv sein werde.** Aber es gebe noch einen anderen Gesichtspunkt von noch größerem Wert, daß nämlich die **öffentliche Meinung** an und für sich sich erheblich gewandelt habe, und **zwar nicht nur in Deutschland;** überall werde die öffentliche Meinung für Frankreich immer günstiger. (?) Es blieben vielleicht noch einige Zweifel bestehen, aber es trete ein Lichtpunkt in die Erscheinung, daß das Pfand einen Wert besitze und daß es als diplomatisches Faustpfand dienen könne. Frankreich werde sich seiner nach besten Kräften im Interesse aller und im Interesse seiner Verbündeten bedienen.

Hierauf ergreift Abg. Crespel von der Gruppe Arago das Wort, um die Interessen der **Geschädigten im Wiederaufbaugebiet** zu verteidigen.

Nach seiner Rede wird die weitere Debatte auf heute nachmittag vertagt.

*

In der Nachmittagssitzung der Kammer wurde die Debatte über die vorliegenden **drei Budgetzwölftel** für die Wiederaufbauausgaben fortgesetzt. Der sozialistische Abg. Inghels protestierte gegen die in der Vormittagssitzung aufgestellte Behauptung des Abg. Crespel, diejenigen, die die Skandale in die Oeffentlichkeit getragen, hätten den Interessen der Geschädigten zuwidergehandelt. Der Abg. Inghels begründet vielmehr, daß der Alarmruf der Enthüllungen endlich die öffentliche Meinung geweckt habe. Er polemisiert gegen die Amtstätigkeit der früheren Wiederaufbauminister Reibel und Loucheur. Inghels gibt seinem Vertrauen zu der Gerechtigkeit und dem Arbeitseifer des Ministers Ausdruck, befürchtet jedoch, daß der neue Handelsminister Loucheur seine Tätigkeit lähmlegen werde. Im weiteren Verlauf seiner Rede bespricht Inghels die mehreren Industriefirmen ausgezahlten Entschädigungssummen, die er als skandalös bezeichnet, und nennt dabei die Firma Neuvgeot.

Der ehemalige Wiederaufbauminister Reibel greift hier in die Debatte ein, indem er seine Verwunderung darüber ausdrückt, daß der Untersuchungsausschuß, wenn er einen Skandal in seinem Ministerium entdeckt zu haben glaubte, ihn nicht verhört hätte. Er habe die Schuld Frankreichs um etwa 20 Prozent herabgesetzt. Auf seine Veranlassung sei der Betrag von 140 auf 82 Milliarden herabgesetzt worden. Der Abgeordnete Inghels verliest alsdann mehrere Zirkulare des Ministeriums der befreiten Gebiete und bleibt dabei, daß es Nutznießer der Kriegsentschädigung gegeben habe, die die Minister beeinflußt hätten, ja sogar das Parlament, damit die Kriegsschadenziffern keiner einer Revision unterworfen würden.

Poincaré bestätigt, daß man den von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf über die Revision der Kriegsschadenzahlungen nicht aufgeben werde, im Gegenteil, habe das Parlament seine Arbeit beende, werde man die Abstimmung über dieses Gesetz verlangen.

Der Abgeordnete Escoffier bemängelt alsdann seinerseits die Methoden, die bei der Abschätzung der Kriegsschäden zur Anwendung gelangt seien. Darauf erklärt der ehemalige Minister Reibel, **daß bis jetzt 70 Milliarden Kriegsschäden ausgezahlt seien, und zwar 54 Milliarden für Schäden von Privatpersonen und sechzehn Milliarden für Staatsschäden.**

Abgeordneter Escoffier spielt außerhalb dieses Zusammenhangs auf die Gerüchte über **gewisse Verpflichtungen an, die die Bank von Frankreich kürzlich während der Frankenkrise im Namen der Regierung ausländischen Banken gegenüber eingegangen sei.** Er wünscht von der Regierung Aufklärung darüber. Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum schließt sich dieser Forderung an.

Finanzminister Marsal ergreift darauf das Wort. **Er verlangt, daß der Gesetzentwurf über die Budgetzwölftel von Kammer und Senat vor Mitternacht angenommen werde und erklärt, es werde von der Kammer eine Vertrauenskundgebung erfordert, um den kleinen Geschädigten die Mittel zum Wiederaufbau zu geben.**

Die drei Budgetzwölftel für die Monate April, Mai und Juni werden schließlich nach dem Muster des Zwölftels für März durch Handaufheben angenommen.

Der Entwurf geht an den Senat, der zu seiner Beratung für 8½ Uhr eine Sitzung einberufen hat.

Paris, 31. März.

Nach Annahme der drei provisorischen Budgetzwölftel nahm die Kammer mit 400 gegen 65 Stimmen den Gesetzentwurf an, der die Kredite für das Wirtschaftsjahr 1923 regelt, und eine Verminderung der Ausgaben um 58 Millionen vorsieht. Dieser Gesetzentwurf ermächtigt insbesondere den Marineminister, im Jahre 1924 zwei Kreuzer, sechs Torpedoboote und zwei Unterseeboote auf Stapel zu legen als Ersatz für die Einheiten, die die Altersgrenze erreicht haben.

Kühle Aufnahme der französischen Regierungserklärung.

Paris, 31. März.

Im Senat hat Justizminister Lefèbvre du Prey die Regierungserklärung Poincarés in der Kammer und im Senat gefunden hat, dauert auch in der Abendpresse, soweit diese bis zur Stunde vorliegt, an. Der „Intransigeant", dessen Direktor bekanntlich in der Regierung als Kolonialminister sitzt, und die „Liberté" entschuldigen die allgemeine Form, die die Regierungserklärung erhalten hat, damit, daß diese eine traditionelle Eigenschaft derartiger Dokumente sei. Der „Intransigeant" will jedoch feststellen, daß die Regierungserklärung in ihrer allgemeinen Haltung eine große Rechtsschwenkung und den Willen zum Guten widerspiegelt. Der „Paris Soir", der bekanntlich der Linken nahesteht, findet, daß die Regierungserklärung wieder das alte Lied sei. Poincaré halte alle seine früheren Forderungen aufrecht. Wie kann eine Einigung mit unseren Alliierten zustande kommen, fragt das Blatt, wenn wir ihnen auf der Schwelle der Verhandlungen mitteilen, daß wir in keinem Punkt nachgeben werden?

Vandervelde über die Folgen der Ruhrbesetzung.

eca **Brüssel**, 31. März.

Der bekannte Sozialistenführer und ehemalige Minister Vandervelde hat in der Freien Universität eine Rede über die internationale Lage gehalten. Er sagte, der Kursturz des französischen Franken sei die Folge der Besetzung des Ruhrgebietes. Diese Besetzung habe außerdem Deutschland stark geschwächt. **Nach dem Urteil der Sachverständigen wird Deutschland nur zahlen können, wenn seine wirtschaftliche Einheit wiederhergestellt ist.** Auch England wird sich zu den nötigen Opfern erklären können.

Ablehnung der Lohnforderungen im Bergbau

B **Essen**, 31. März.

Auf die von den Bergarbeiter-Verbänden geforderte Lohnerhöhung um 30 Prozent hat der Zechenverband geantwortet, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen eine Lohnerhöhung nicht in Frage kommen könne. Lohnverhandlungen seien zwecklos. Im übrigen weise der Zechenverband darauf hin, daß die von den Verbänden ausgesprochene Kündigung der Lohnordnung gegen den augenblicklich geltenden Tarifvertrage verstoße, und kündigen ihrerseits die Lohnordnung zum 1. Mai d. J.

Der Eisenbahnerstreik in Süddeutschland.

Die Lage im Streik der württembergischen und badischen Eisenbahnarbeiter ist unverändert. Der Güterverkehr wird durch Ersatzkräfte und Technische Nothilfe aufrechterhalten. Die weitere Entwicklung wird voraussichtlich von den heute im Reichsverkehrsministerium stattfindenden Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Lohnregelung für die Eisenbahnarbeiter abhängen. Sollte es hierbei zu einer Vereinbarung kommen, dann dürfte dadurch auch die Bewegung der Eisenbahnarbeiter Süddeutschlands erledigt sein.

Internationalität.

Von

August Winnig.

Man behauptet oft, der Internationalismus sei als wirkliche Gesinnung nur in Deutschland vorhanden. Das kommt der Wahrheit nahe. Je mehr ein Volk geistig arbeitet, umso stärker sind seine übernationalen Neigungen. Der Bauer, Handwerker und Ingenieur bleibt mit seiner Arbeit im Wirkungsfelde des völkischen Verbandes. Der Forscher, Denker, Dichter, der geistige Arbeiter großen Stils strebt mit seiner Arbeit über die nationalen Grenzen hinaus. Seine Werke verbinden sich mit den gleichen Werken anderer Völker zu einem übernationalen Besitz. Hierdurch erklärt es sich, daß die weltbürgerliche Gesinnung in Deutschland stärker war als anderswo. Sehr erlauchte Geister haben sich zu ihr bekannt. Wir denken zwar heute vorzugsweise an den politischen Internationalismus, aber man kann dessen geistig-kulturelle Wurzeln nicht unbeachtet lassen, wenn man ihn würdigen will.

Der politische Internationalismus geht auf zwei Wurzeln zurück. Die eine ist jenes Weltbürgertum, das sich zuerst in den großen Gelehrten und Künstlern regte und von diesen als Neigung und Gesinnung überhaupt erst geschaffen und dem Volke nahegebracht wurde. Die zweite Wurzel ist die von den Begründern des marxistischen Sozialismus stammende Gesellschaftslehre. Diese Lehre erblickt in den Gesellschaftsklassen die eigentlichen und wahren geschichtlichen Einheiten. Die völkischen Verbände haben danach keine tiefere geschichtliche Bedeutung: „die Weltgeschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen". Aus dieser Lehre ergibt sich die internationale Organisation der Klassen von selbst. Man sieht, wie bedeutungsvoll die Klassentheorie und der aus ihr abgeleitete Klassenkampf ist. Die grundlegende Bedeutung des Klassenkampfes liegt nämlich nicht darin, wo sie gewöhnlich gesucht wird — im Lohnkampf und den ihm verwandten Aktionen —, sondern in der Theorie und Praxis, die „Klasse", also einen durch materielle Interessen begrenzten Begriff, der Nation überzuordnen, und in den gleichen Klassen anderer Nationen die Verbündeten, in den anderen Klassen der eigenen Nation aber die Feinde zu sehen.

Dieser politische Internationalismus (er ist, beiläufig bemerkt, nicht der einzige) ist nun allerdings als wirkliche Gesinnung in Deutschland stärker vertreten als sonst in irgend einem Lande. Das mag verschiedene Ursachen haben. Eine ist sicherlich der Umstand, daß die marxistischen Theorien in allen anderen Ländern keine Rolle spielen, in Deutschland dagegen ein großes Organisationswesen beherrschen. Von Rußland sehen wir dabei ab. Auch dort ist der Marxismus nicht in die Masse eingedrungen, aber er erlangte als Aushängeschild der Terroristen Bedeutung. Deutschland ist eben geistiger, es ist ernster und tiefer als andere.

Ist nun der politische Internationalismus aus Theorie geboren, so bleibt er doch nicht Theorie, sondern äußert sich, praktisch angewandt, in handgreiflichen Wirkungen. Sobald er Praxis wird, vernichtet er vielmehr die Theorie. Er vernichtet sie, indem er zeigt, daß die nationalen Bindungen stärker sind als die übernationalen Beziehungen der Klassen. Der Internationalismus selbst wird Waffe und Werkzeug im Kampfe der Nationen.

Seit Jahren zeigt sich das deutlich genug an der Moskauer, der sogenannten dritten Internationale. Sie ist an allen ihren Stützpunkten eine Vertretung der Sowjet-Republik. Sie ist ein Werkzeug der russischen Politik, das in all den Fällen verwandt wird, wo die Sowjet-Republik amtliche Vertretungen nicht hat oder wo Dinge zu betreiben sind, deren sich eine amtliche Vertretung enthalten muß. Durch gelegentliche Veröffentlichungen diskreter Aktenstücke erfahren wir, wie weit der russische Einfluß geht. Bestimmte politische Aktionen werden von Rußland gewünscht und angeordnet, werden abgebrochen, vertagt, gerügt; Führer tauchen auf und verschwinden, kommen nach einiger Zeit wieder; Parolen werden ausgegeben, Forderungen erhoben, die vorher keiner